

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
 4509 Solothurn
 Telefon 032 627 20 79
 Telefax 032 627 22 69
 pd@sk.so.ch
 www.parlament.so.ch

I 115/2009 (DDI)

Interpellation Fraktion SP: Massiver Anstieg der Krankenkassenprämien im Kanton Solothurn (23.06.2009)

Mit einer Erhöhung der Krankenkassenprämien im Jahr 2010 von bis zu 17% gemäss den Prognosen des Bundesamts für Gesundheit (BAG) ist der Kanton Solothurn überdurchschnittlich stark vom angekündigten Prämienschock betroffen. Im Schweizer Durchschnitt werden einer Familie mit einem Jugendlichen in Ausbildung und einem Kind wegen des angekündigten Prämienschubs nächstes Jahr 1765 Fr. im Budget fehlen. Schweizweit macht das rund 3 Milliarden Franken aus, die dem Konsum entzogen werden. Für die Prämienzahlenden bedeutet dies, dass sie mitten in der Wirtschaftskrise noch tiefer in die Taschen greifen müssen. Familien in engen Verhältnissen werden dies am deutlichsten zu spüren bekommen und ihre Kaufkraft wird somit im ungünstigsten Moment zusätzlich erheblich geschwächt. Diese Situation ist für die SP unhaltbar. Die SP verlangt, dass der angekündigte Prämienschock und die sich damit ergebende finanzielle Belastung sozial abgefedert werden. In diesem Zusammenhang stellen wir der Regierung folgende Fragen:

1. Welche Gründe führten zu dem gemäss BAG-Prognose überdurchschnittlich hohen Anstieg der Krankenkassenprämien im Kanton Solothurn im Vergleich zu anderen Kantonen?
2. Für wie viele Haushalte im Kanton Solothurn beträgt die Prämienbelastung mehr als die vom Bundesrat bei der KVG-Einführung versprochenen 8% des steuerbaren Einkommens und in welchen Prozentbereichen des steuerbaren Einkommens liegt die durchschnittliche Belastung?
3. Was gedenkt der Regierungsrat als Sofortmassnahme gegen die angekündigte Prämienhöhung zu unternehmen?
4. Gemäss Integriertem Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) plant der Regierungsrat bis Dezember 2010 die Volksinitiative der SP zur Prämienverbilligung zu bearbeiten. Aufgrund der angekündigten Prämienhöhungen ist dies eine zu lange Zeit. Auf welchen früheren Zeitpunkt kann der Regierungsrat die Bearbeitung der Initiative bzw. die Ausarbeitung des angekündigten Gegenvorschlags angesichts des massiven Prämienschubs vorziehen?
5. In welcher Form wird der Regierungsrat beim Bund vorstellig, um darauf hinzuwirken, dass den Kantonen mehr Geld für die Prämienverbilligung zur Verfügung gestellt wird?

Begründung (23.06.2009): Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Evelyn Borer, 2. Anna Rüefli, 3. Jean-Pierre Summ, Fabian Müller, Trudy Küttel Zimmerli, Walter Schürch, Susanne Schaffner, Ulrich Bucher, Heinz Glauser, Fränzi Burkhalter, Philipp Hadorn, Urs von Lerber, Markus Schneider, Peter Schafer, Clivia Wullimann. (15)